

Ronald Friedmann

Das kurze Jahr 1923

Kalendarisch betrachtet hatte das Jahr 1923 auch in Deutschland genau 365 Tage. Doch politisch und ökonomisch gesehen war es deutlich kürzer: Es begann am 11. Januar mit der Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen, und es endete am 20. November mit der Ausgabe der Rentenmark, die beinahe schlagartig die desaströse Inflation beendete. Was in diesen 313 Tagen geschah, brachte die junge Weimarer Republik an den Rand des Zusammenbruchs und war in gewisser Weise ein Menetekel auf die Ereignisse, die zehn Jahre später mit der Machtübergabe an Hitler und seine Bande folgten.

Ruhrbesetzung, Inflation, Massenproteste

Der Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet am 11. Januar 1923 kam keineswegs überraschend. Bereits Ende November 1922 hatte die französische Regierung auf informellen Kanälen verlauten lassen, dass der Verzug Deutschlands bei der Leistung von Reparationen nicht ohne Folgen bleiben würde. Frankreich würde alle notwendigen Schritte unternehmen, um Deutschland zur Erfüllung der Verpflichtungen zu zwingen, die sich aus dem Versailler Vertrag ergaben. Dass Deutschland unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen nicht in der Lage war, diese Verpflichtungen zu erfüllen, interessierte die französische Regierung nicht. Das hatte Ministerpräsident Raymond Poincaré erst wenige Tage zuvor auf einer Konferenz der Alliierten vom 2. bis 4. Januar 1923 in Paris deutlich gemacht, als er den britischen Vorschlag, Deutschland einen vierjährigen Zahlungsaufschub zu gewähren, mit drastischen Worten zurückgewiesen hatte. Denn der französischen Regierung ging es erst in zweiter Linie um die Sicherstellung der deutschen Kohlelieferungen. Sie verfolgte vielmehr den strategischen Plan, Frankreich dauerhaft den Zugriff auf die Produktionsanlagen und die Rohstoffe des Ruhrgebietes zu sichern. Deutschland, das während des Ersten Weltkrieges die Hälfte der französischen Kapazitäten zur Kohleförderung zerstört hatte, sollte nicht nur für die Schäden aufkommen, sondern als ernstzunehmender Konkurrent dauerhaft ausgeschaltet werden.

Reichskanzler Wilhelm Cuno, ein Geschäftsmann, der sich erst seit zwei Monaten im Amt befand und der ursprünglich mit dem Ziel angetreten war, die sich seit Anfang 1922 rasant beschleunigende Inflation unter Kontrolle zu bekommen, stand nun vor der Aufgabe, den Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes zu organisieren. Am 12. Januar 1923 ordnete er die Einstellung aller Reparationszahlungen und Sachlieferungen an Frankreich und Belgien an. Am folgenden Tag, dem 13. Januar 1923, verkündete er im Reichstag den »passiven Widerstand« gegen die Ruhrbesetzung. Deutschland könne sich zwar »gegen diese Gewalt nicht wehren«, so Cuno in seiner Rede. Doch die deutsche Regierung sei »nicht

gewillt, sich dem Friedensbruch zu fügen oder gar, wie ihr angesonnen wird, bei der Durchführung der französischen Absichten mitzuwirken«.¹

Deshalb wurde jede Form der Zusammenarbeit mit den französischen und belgischen Besatzungsbehörden untersagt. Eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. März 1923, die der »Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« dienen sollte, drohte für die Unterstützung einer »fremde[n] Macht« bei »in Friedenszeit erfolgter Besetzung deutschen Gebietes« sogar langjährige Zuchthausstrafen an.²

Die französische Seite wiederum nutzte das im besetzten Gebiet geltende Kriegsrecht, um nachdrücklich gegen den »passiven Widerstand« vorzugehen. Den Auftakt einer langen Reihe von Strafverfahren bildete der Prozess gegen mehrere Ruhrindustrielle am 24. Januar 1923 in Mainz, die sich geweigert hatten, Kohle nach Frankreich zu liefern. Zunächst blieb es bei einer empfindlichen Geldstrafe.³ Doch sehr schnell gingen die französischen Gerichte dazu über, Haftstrafen zu verhängen und die Ausweisung von Personen aus dem besetzten Gebiet zu verfügen, die sich den Anordnungen der französischen Behörden widersetzt hatten. In hohem Maße betraf das die Beamten und Arbeiter der Deutschen Reichsbahn, denn die gewaltlose Sabotage des Verkehrswesens war eine der wirksamsten Maßnahmen gegen den Abtransport von Kohle und anderen Produkten.

Unterdessen heizte der »passive Widerstand« die Inflation an, die Deutschland bereits seit den ersten Tagen des Ersten Weltkrieges begleitet hatte, nun aber extrem bedrohliche Ausmaße annahm. Denn die Regierung nutzte die dramatische Geldentwertung, um den »passiven Widerstand« zu finanzieren. So wurden mit dem Papiergeld, das die Regierung nahezu unbegrenzt drucken ließ, für das es aber keinerlei Deckung mehr gab, all jene Bewohner des Ruhrgebietes entschädigt, die sich – zum Teil über Monate hinweg – an den zahlreichen Streiks und anderen Formen des Protestes gegen die ausländische Besetzung beteiligten und sich daher regelmäßig mit der nicht selten gewaltsamen Reaktion der Besatzungsmacht konfrontiert sahen. So waren allein bis zum Juni 1923 etwa 70.000 Bewohner des Ruhrgebietes ausgewiesen worden, die sich nun mit ihren Familien im Reichsgebiet eine neue Existenz aufbauen mussten.

Doch mit der fortschreitenden Dauer des »passiven Widerstandes« beschleunigte sich der Verfall der Währung. Lag der Wechselkurs für einen US-Dollar im Dezember 1922 noch bei 1.810 Mark, war er Ende Januar 1923 bereits auf über 32.000 Mark gestiegen und erreichte Ende Juli 1923 die Millionengrenze. Im No-

1 Verhandlungen des Reichstages. I. Wahlperiode 1920, Band 357, Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlags-Anstalt, Berlin 1923, S. 9421.

2 Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen. Vom 3. März 1923, in: Reichsgesetzblatt, Teil 1, 1923, Nr. 17. Ausgegeben zu Berlin, den 5. März 1923.

3 In einem Revisionsverfahren wenige Tage später wurden die Angeklagten freigesprochen.

vember 1923, auf dem Höhepunkt der Hyperinflation, waren es unvorstellbare 420 Milliarden Mark, die für einen US-Dollar zu zahlen waren.⁴

Die Verelendung, die die Inflation mit sich brachte, betraf nicht mehr nur die einfachen Arbeiter und ihre Familien, sondern in zunehmendem Maße auch die Mittelschichten, die Einkommen und Ersparnisse verloren und sich im Ergebnis politisch radikalisierten.

In diesem dramatischen Umfeld tagte vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 der Leipziger Parteitag der KPD, der zum Schauplatz heftiger innerparteilicher Auseinandersetzungen wurde. Dabei ging es nur vordergründig um die Position der KPD in der Ruhrkrise: Während die linken und ultralinken Kräfte um Ruth Fischer, Arkadi Maslow und in ihrem »Schlepptau« auch Ernst Thälmann jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnten und den sofortigen bewaffneten Kampf gegen die ausländischen Besatzungstruppen forderten, der zu einer Revolution in ganz Deutschland weitergeführt werden sollte, befürworteten die gemäßigten Kräfte angesichts des bestehenden Kräfteverhältnisses die Schaffung einer Einheitsfront mit der Sozialdemokratie, einschließlich der Bildung von Arbeiterregierungen, die verstärkte Hinwendung zur Gewerkschaftsarbeit und die Organisation eines massiven, aber friedlichen Protests gegen die Ruhrbesetzung.

Nach tage- und nächtelangen heftigen Diskussionen konnten sich die Kräfte um Heinrich Brandler und August Thalheimer, den maßgeblichen Akteuren an der Spitze der Partei, in einer Kampfabstimmung über das politische Hauptdokument des Parteitages, die »Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung«, mit deutlicher Mehrheit durchsetzen. Doch die Gefahr einer von links betriebenen Parteispaltung war damit keineswegs gebannt, wie die folgenden Wochen und Monate zeigen sollten.

In Sachsen und Thüringen konnte die KPD nun jedoch neue Wege beschreiben: Nachdem die Partei bereits ihre Bereitschaft gezeigt hatte, linkssozialdemokratische Minderheitsregierungen zu tolerieren, ging es nun darum, auf der Grundlage der Leipziger Beschlüsse eine direkte Regierungsbeteiligung der KPD politisch vorzubereiten.

Unterdessen nahm die Gewalt im besetzten Ruhrgebiet dramatisch zu. Trauriger Höhepunkt war die Erschießung von dreizehn Arbeitern der Essener Krupp-Werke am 31. März 1923 durch französische Soldaten. Auf dem Werksgelände hatte es eine Protestversammlung gegen die Beschlagnahme von Fahrzeugen des Unternehmens gegeben. Als sich die Versammlung auf Befehl eines französischen Offiziers nicht umgehend auflöste, ließ dieser in angeblicher Notwehr in die Menge schießen.

Dass bei den französischen Truppen die Nerven blank lagen, konnte nicht verwundern. Denn der Widerstand blieb keineswegs »passiv«. Immer wieder gab es Bombenanschläge gegen Einrichtungen der Besatzungsmacht und auf die Trans-

4 Hermann Bente, Die deutsche Währungspolitik von 1914–1924. In: Weltwirtschaftliches Archiv. Band 23, 1926, Nr. 1, S. 117–191, hier: S. 134.

portverbindungen, über die Kohle, Stahl und andere Produkte aus Deutschland abtransportiert wurden. Allein zwischen März und August 1923 ereigneten sich im besetzten Gebiet nach inoffiziellen Angaben rund 180 Anschläge gegen Verkehrseinrichtungen.⁵ Auch wenn die deutsche Regierung diese Aktionen offiziell verurteilte, unternahm sie nichts, um sie zu unterbinden. Im Gegenteil, häufig bestanden »informelle« Verbindungen zwischen der Reichswehr und den Attentätern, die regelmäßig in rechtsradikalen Kreisen zu finden waren.

Am 7. April 1923 verhaftete die französische Militärpolizei den vormaligen Freikorpsoffizier Albert Leo Schlageter, der seit 1922 Hitlers NSDAP angehörte. Schlageter wurde vorgeworfen, an einem Sprengstoffanschlag auf die Eisenbahnstrecke Dortmund-Duisburg beteiligt gewesen zu sein. Er wurde zum Tode verurteilt und am 26. Mai 1923 nahe Düsseldorf von einem Erschießungskommando hingerichtet. In der Folge entwickelte sich im rechten Spektrum der Gesellschaft ein regelrechter Kult um Schlageter, der dennoch heute wohl vergessen wäre, wenn sein Schicksal nicht für kurze Zeit in der kommunistischen Propaganda eine Rolle gespielt hätte.

Karl Radek, der sich als offizieller Vertreter der Kommunistischen Internationale bzw. der russischen KP regelmäßig in Deutschland aufhielt und dabei nicht nur Beobachter, sondern auch und vor allem Akteur in allen innerparteilichen Angelegenheiten der KPD war, hatte am 20. Juni 1923 in seiner berühmt-berühmten »Schlageter-Rede« versucht, der KPD einen »nationalbolschewistischen« Kurs zu verordnen.⁶ Doch der Versuch, der in offensichtlichem Widerspruch zum internationalistischen Selbstverständnis der Partei stand, scheiterte. Das Thema verschwand bereits im September 1923 wieder von der Agenda.

Spätestens Mitte April 1923 war offensichtlich geworden, dass das Konzept des »passiven Widerstandes« auf der französischen Seite keine Wirkung zeigte, dass aber die Folgen für die deutsche Wirtschaft verheerend waren. Die Reichsregierung signalisierte daher ihre grundsätzliche Bereitschaft, die Zahlung der Reparationen wieder aufzunehmen, verlangte aber eine Begrenzung der Reparationen auf eine Gesamtsumme von 30 Milliarden Goldmark. Doch diese Zahl wurde von alliierter Seite als nicht akzeptabel zurückgewiesen.

Doch selbst bei einem Einverständnis der Alliierten wäre es der deutschen Regierung schwergefallen, den »passiven Widerstand« offiziell aufzugeben. Denn im rechten und rechtsextremen Spektrum der Gesellschaft dominierte die Ansicht, dass ein Verzicht auf den Widerstand gegen die Ruhrbesetzung der Kapitulation am Ende des Ersten Weltkrieges gleichkäme, also ein »Verrat am deutschen Volk« wäre.

5 Peter Reichel, *Rettung der Republik? Deutschland im Krisenjahr 1923*, Carl Hanser Verlag, München 2022 (eBook).

6 *Die Rote Fahne*, Berlin, 26. Juni 1923. Radek hatte seine für die KPD bestimmte Rede während der Dritten Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau gehalten.

Solche Stimmungen herrschten insbesondere in Bayern, das sich nach der blutigen Niederschlagung der Münchner Räterepublik im Mai 1919 als »Ordnungszelle« in Deutschland verstand und seither einen permanenten Konflikt mit der Reichsregierung in Berlin zelebrierte, die als »verjudet« und »marxistisch« galt. Vor allem München hatte sich zu einem Zentrum »vaterländischer« und »völkischer« Gruppierungen entwickelt, unter denen Hitlers NSDAP vorerst nur eine von vielen gleichartigen Gebilden war. Dennoch war es Hitler bereits zu diesem frühen Zeitpunkt seiner politischen Laufbahn gelungen, in den Dunstkreis von Gustav von Kahr vorzudringen, der zwischen März 1920 und September 1921 bayerischer Ministerpräsident gewesen war und auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt über großen Einfluss verfügte. Kahr sah es als seine »vornehmste Aufgabe« an, die rechte Radikalisierung Bayerns mit aller Kraft voranzutreiben.

Angesichts des fortschreitenden wirtschaftlichen Verfalls, der ein unmittelbares Ergebnis der ungebremsen Hyperinflation war, und des Fehlens außenpolitischer Fortschritte in der Frage der Ruhrbesetzung geriet die Regierung von Reichskanzler Cuno im Sommer 1923 zunehmend unter Druck. Die Unruhen, die es bisher vor allem in den besetzten Gebieten gegeben hatte, griffen nun auf das gesamte Reichsgebiet über. Immer wieder gab es Streiks und Proteste, die sich gegen Hunger und Elend richteten, die mehr und mehr den Lebensalltag des übergroßen Teils der Bevölkerung bestimmten.

Am 11. August 1923 begann in der deutschen Hauptstadt ein mehrtägiger Generalstreik, der von der Berliner Betriebsrätekonferenz initiiert worden war und der sofort auf ganz Deutschland ausstrahlte. Unter dem Eindruck der begonnenen Massenproteste trat Cuno, der wohl nur noch auf einen geeigneten Anlass gewartet hatte, mit seiner Regierung umgehend zurück. Neuer Reichskanzler wurde Gustav Stresemann, der eine Regierung der Großen Koalition unter Einbeziehung der SPD bildete. Im bürgerlichen Lager sah man die Regierungsbeteiligung der SPD vor allem als ein geeignetes Mittel, ihr eine Mitverantwortung für den unvermeidlichen Abbruch des »passiven Widerstandes« zu übertragen. Doch für Millionen Menschen verband sich mit dem Regierungseintritt der Sozialdemokratie die verzweifelte Hoffnung auf einen politischen und vor allem wirtschaftlichen Umschwung, der Arbeit und damit Brot bringen würde.

Kein »Deutscher Oktober«

In Moskau sah man die Entwicklungen in Deutschland gänzlich anders. Dort vertrat man Mitte August 1923 die Ansicht, dass in Deutschland eine revolutionäre Situation herrschen würde, vergleichbar der Lage in Russland im Sommer 1917, der im Herbst die legendäre Oktoberrevolution folgte. Daher würde nun auch in Deutschland die proletarische Revolution unter Führung der Kommunistischen Partei auf der Tagesordnung stehen. Innerhalb weniger Wochen, so die Spitzen der Kommunistischen Internationale, müssten alle Vorbereitungen abgeschlossen sein, um einen Generalstreik auslösen zu können, der zu einem bewaffneten Aufstand zur Übernahme der politischen Macht weitergeführt werden müsse.

Wenige Tage zuvor hatte Stalin noch vor übereilten Schritten in Deutschland gewarnt. In einem Brief an Grigori Sinowjew, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, hatte er am 7. August 1923 geschrieben: »Wenn die Macht in Deutschland jetzt sozusagen fällt und die Kommunisten sie übernehmen, werden sie kläglich scheitern, im besten Fall. Und im schlimmsten Fall werden sie zerschlagen und zurückgeworfen werden. [...] Meiner Meinung nach muß man die Deutschen aufhalten und nicht ermuntern.«⁷

Doch die Berichte, die aus Deutschland kamen, schienen überzeugend. Am 22. August 1923 beschloss das Politbüro in Moskau daher den bewaffneten Aufstand in Deutschland. Umgehend wurde damit begonnen, einen von sowjetischen Offizieren geführten streng geheimen Militärpolitischen Apparat der KPD aufzubauen. Heinrich Brandler, Ernst Thälmann und andere deutsche Spitzenfunktionäre wurden nach Moskau gerufen, um dort Einzelheiten der deutschen »Revolution« zu beraten.

Unterdessen hatte Reichskanzler Stresemann den Versuch unternommen, mit den Regierungen von Frankreich und Belgien Bedingungen für ein Ende des hoffnungslosen Kampfes gegen die Ruhrbesetzung auszuhandeln. Doch Frankreichs Ministerpräsident Poincaré war, wie schon im Januar 1923, zu keinem Zugeständnis bereit. Auch die britische Regierung war nicht gewillt, der deutschen Regierung in ihrem Bemühen, die politische und vor allem ökonomische Belastung durch die Reparationen zu verringern, entgegenkommen zu zeigen. Am 26. September 1923 sah sich Stresemann daher gezwungen, das bedingungslose Ende des »passiven Widerstandes« zu verkünden. Anders als befürchtet, wurde die Entscheidung in der breiten Bevölkerung ruhig und ohne Protest aufgenommen. Angesichts der irrsinnigen Inflation setzte der tägliche Überlebenskampf andere Prioritäten.

Mit dem Ende des Ruhrkampfes eröffneten sich für den sozialdemokratischen Finanzminister Rudolf Hilferding und dessen Mitarbeiter neue Möglichkeiten, einen schnellen Weg aus der Hyperinflation zu finden, die Deutschland auf den Staatsbankrott und den Zusammenbruch der Wirtschaft zusteuern ließ. Die entscheidende Idee kam allerdings von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der wegen seiner späteren Rolle als Financier des Zweiten Weltkrieges 1945 zu den Angeklagten im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess gehörte, aber gegen den Protest der sowjetischen Vertreter von allen Anklagepunkten freigesprochen wurde.

Mittels der Deutschen Rentenbank, die am 15. Oktober 1923 gegründet wurde, sollte über Inhaberschuldverschreibungen eine Art Parallelwährung geschaffen werden, die ihre fiktive Deckung durch zwangsweise aufgenommene Hypotheken auf Grund und Boden erhielt.

7 [Josef Stalin an Grigori Sinowjew], Moskau, 7. August 1923, in: Stalin Digital Archive, Fonds 558, Bestand 11, Akte 708, Dokument 10. (Bearbeitete) Übersetzung aus: Bernhard Bayerlein u. a. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Aufbau-Verlag, Berlin 2003, S. 99f.

Doch zunächst bahnte sich ein neuer Konflikt mit Bayern an, der zu einer echten Verfassungs- und Staatskrise zu werden drohte. Denn die Regierung in Bayern schien entschlossen, im Freistaat eine rechte Diktatur zu errichten und dabei auch die Trennung vom Reich zu riskieren. Zu diesem Zweck verhängte Ministerpräsident Eugen von Knilling am 26. September 1923 den Ausnahmezustand über Bayern. Er übertrug die »vollziehende Gewalt« an Gustav von Kahr, der als »Generalkommissar« nun die höchste politische Autorität in Bayern darstellte. Hinter Kahr standen einflussreiche rechtsextreme Kräfte, einschließlich Hitlers NSDAP, die den Sturz von Reichskanzler Stresemann und die Errichtung einer Diktatur in ganz Deutschland anstrebten. Letzten Endes ging es ihnen um die Beseitigung der Weimarer Republik.

Noch gebremster Aufstieg des Faschismus

Reichskanzler Stresemann reagierte mit der Verhängung des Ausnahmezustandes über ganz Deutschland. Der sozialdemokratische Reichswehrminister Otto Geßler übernahm die »vollziehende Gewalt«. Der Konflikt eskalierte, als Geßler Kahr die Weisung erteilte, die insbesondere gegen Gustav Stresemann und Hans von Seeckt, den Chef der Heeresleitung der Reichswehr, gerichtete antisemitische Hetze der NSDAP in Bayern zu unterbinden und Kahr sich weigerte, diese Weisung auszuführen. Eine von der Weimarer Verfassung gebotene Reichsexekution gegen Bayern, die von Teilen der Regierung in Berlin gefordert wurde, hatte jedoch keine Aussicht auf Erfolg, denn Otto von Lossow, der Kommandeur der in Bayern stationierten 7. Reichswehrdivision, hatte seine Einheiten der bayerischen Regierung unterstellt. Auch Hans von Seißer, der Kommandeur der schwerbewaffneten bayerischen Landespolizei, hatte sich den Aufrührern in München angeschlossen. Seit den Tagen des Kapp-Putsches im März 1920 galt jedoch die von Seeckt zugeschriebene Parole: »Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr!«

Starke »bayerische« Truppen wurden an der Nordgrenze des Landes zusammengezogen. Angeblich sollten sie dem Schutz Bayerns vor einem »kommunistischen Umsturz« in Sachsen und Thüringen dienen, wo die Bildung von Arbeiterregierungen aus linken Sozialdemokraten und Kommunisten tatsächlich auf der Tagesordnung stand. Doch tatsächlich drohte ein »Marsch auf Berlin«, vergleichbar dem »Marsch auf Rom«, mit dem Benito Mussolini ein Jahr zuvor die Errichtung einer faschistischen Diktatur in Italien eingeleitet hatte.

Anfang Oktober 1923 erteilte die Kommunistische Internationale in Moskau der KPD die Erlaubnis zum Eintritt kommunistischer Minister in die Landesregierungen von Sachsen und Thüringen. Allerdings sollten diese Minister keine »Regierungspolitik« betreiben, sondern hatten einzig die wenig realistische Aufgabe, in ihren Ländern die Bewaffnung der Arbeiter für den geplanten Aufstand sicherzustellen.

Am 12. Oktober übernahm Paul Böttcher das sächsische Finanzministerium, Fritz Heckert wurde Wirtschaftsminister. Nachdem Heinrich Brandler der Zugriff auf das Innenministerium verwehrt worden war, übernahm er die Leitung

der Dresdner Staatskanzlei. Auch in Thüringen wurden drei kommunistische Minister berufen: Karl Korsch für Justiz, Theodor Neubauer als Staatsrat und Albin Tenner für Wirtschaft.

Im Gegensatz zu Bayern, wo es tatsächlich staatsstreichähnliche Geschehnisse gab, war die Regierungsbildung in Sachsen und Thüringen in voller Übereinstimmung mit der Reichs- und der Landesverfassung erfolgt. Dennoch wurde die Regierungsbeteiligung der KPD als eine Bedrohung der bestehenden Ordnung gesehen. Von den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner (Sachsen) und August Fröhlich (Thüringen) wurde daher unter Androhung der Reichsexekution die sofortige Entlassung der kommunistischen Minister gefordert. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, bereitete die Reichswehr, anders als im Falle Bayerns, umgehend den Einmarsch in Sachsen vor.

Diese Entwicklung machte alle Aufstandsplanungen der KPD, die ursprünglich auf den symbolträchtigen 9. November 1923, den 5. Jahrestag der Novemberrevolution, ausgerichtet waren, hinfällig. Nun sollte ein deutschlandweiter Generalstreik gegen den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen das Signal für den bewaffneten Aufstand geben. Um sich der Unterstützung der sozialdemokratischen Arbeiter zu versichern, sollte der Aufruf zum Generalstreik von einer Konferenz der sächsischen Regierung mit Gewerkschaftern und Betriebsräten am 21. Oktober 1923 in Chemnitz beschlossen werden. Doch unter dem Einfluss führender sächsischer Sozialdemokraten lehnte die Konferenz einen solchen Aufruf ab.

Daher entschied die Zentrale der KPD noch am selben Abend, den Beschluss zum »Generalstreik und Entscheidungskampf« zunächst aufzuheben. Die »Deutsche Oktoberrevolution« war gescheitert, bevor die Kämpfe überhaupt begonnen hatten.

In Bayern zeigte sich, dass das »Triumvirat« Kahr, Lossow und Seißer vorerst keine weitere Zuspitzung des Konflikts mit der Reichsregierung anstrebte. Bis in die Abendstunden des 8. November 1923 herrschte eine Art Schwebезustand. Eine vorläufige Entscheidung brachte der sogenannte Hitler-Putsch, der spektakulär begann, aber innerhalb weniger Stunden kläglich zusammenbrach.

Kahr und seine Gefolgsleute wollten an diesem Abend in einer »Volksversammlung« im Münchner Bürgerbräukeller über ihre politischen Ziele sprechen, als Hitler in Begleitung von zahlreichen SA-Leuten unter dem Befehl von Hermann Göring auftauchte, mit einer Pistole in die Decke schoss und sofort das Wort ergriff, um den Beginn einer »nationalen Revolution« zu verkünden. Mit vorgehaltener Pistole »geleitete« er Kahr, Lossow und Seißer in einen Nebenraum, um ihre dringend benötigte Unterstützung einzufordern. Nach ihrer Rückkehr in den Versammlungsraum erklärten sich auch Kahr, Lossow und Seißer für den Putsch. Ob aus Überzeugung oder unter dem Druck der angedrohten Gewalt, muss offenbleiben.

Denn wenige Stunden später, in den frühen Morgenstunden des 9. November 1923, zog Kahr in einer Rundfunkansprache seine Unterstützung und die seiner Gefolgsleute zurück.

Hitler war dennoch überzeugt, dass es ihm gelingen würde, die Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen und sich auf diese Weise die Unterstützung von Reichswehr und Landespolizei zu sichern. Doch sein als Triumphzug gedachter Marsch durch München fand bereits an der Feldherrnhalle ein blutiges Ende, wo es zu einer Schießerei mit der regierungstreuen Polizei kam, bei der vier Polizisten und fünfzehn Putschisten getötet wurden.

Während seines Prozesses vor dem Volksgericht in München im Frühjahr 1924 konnte Hitler unter aktiver Mithilfe von Richter und Staatsanwalt seine Niederlage vom November 1923 in einen politischen Sieg umwandeln. Nach seiner vorzeitigen Freilassung aus der Festungshaft in Landsberg im Dezember 1924 begann sein politischer Siegeszug, der ihn am 30. Januar 1933 doch noch in die Reichskanzlei in Berlin führte.

Rentenmark und Ende der Inflation

In den ersten Novembertagen 1923 hatte die Reichsdruckerei mit der Herstellung der Banknoten der Deutschen Rentenmark begonnen, die das Datum des 1. November 1923 trugen. Die Rentenmark, die schließlich ab dem 20. November 1923 ausgegeben wurde, ersetzte die Mark nicht, die weiterhin offizielles Zahlungsmittel blieb. Noch bis zum März 1924 wurden Geldscheine mit Billionen-Mark-Nominalen gedruckt.

Doch die Zeit der Millionen- und Milliarden-Beträge war vorbei. Der Wechselkurs zwischen Rentenmark und Mark wurde auf 1 zu 1 Billion festgelegt und der Wechselkurs zum Dollar auf 4,2 Billionen Mark.

Die Rentenmark, obwohl nur ein künstliches Produkt, wurde umgehend von der Bevölkerung und der Wirtschaft akzeptiert. Die Inflation kam buchstäblich über Nacht zum Stillstand. Man sprach vom »Wunder der Rentenmark«.

Dennoch blieb die Lage angespannt. Denn für das Problem der Reparationszahlungen gab es weiterhin keine Lösung. Erst der Dawes-Plan vom Sommer 1924, der die Zahlung von Reparationen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands band, eröffnete neuen Perspektiven.